

## Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 10.09.2015  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Grix, Helga

#### **SPD-Fraktion**

Götze, Horst  
Meyer, Elfriede

für Regina Meinen

#### **CDU-Fraktion**

Ohling, Albert

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Lechner, Katja

#### **FDP-Fraktion Grundmandat**

Fooker, Ralf

#### **Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**

Grix, Wilhelm  
Jensen, Imke  
Kruse, Helga  
Schulz, Ina

#### **Beratende Mitglieder**

Dietz, Ralf-Günter  
Eden, Alke  
Weber-Trappiel, Franziska  
Wilts, Elfriede  
Fekken, Okka  
Sprengelmeyer, Thomas

#### **Verwaltungsvorstand**

Bornemann, Bernd

Oberbürgermeister

#### **von der Verwaltung**

Frein, Markus  
Lücht, Richard  
Philipps, Egon  
Ubber, Wolfgang  
Obes, Schengül  
Szag, Elisabeth

#### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

## Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2015

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Verpflichtung eines stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes

**Frau Grix** nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes Ina Schulz gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

**TOP 4** Genehmigung des Protokolls Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.05.2015 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.05.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 5** Genehmigung des Protokolls Nr. 29 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2015 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 29 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 7** Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung  
Vorlage: 16/1841

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, bereits in der Vergangenheit habe man im Rahmen der allgemeinen sozialen Entwicklung festgestellt, dass immer mehr Erwachsene psychisch erkrankt seien. Da diese Erwachsenen natürlich auch Eltern seien, habe man sich damit beschäftigt, wie es eigentlich den Kindern dieser Menschen gehe. Dabei sei festgestellt worden, dass es dort Lücken gebe und man habe die Schwerpunktthemen „Kinder- und jugendpsychiatrischer Bereich“ und „Übergang von der Kinder- und Jugendpsychiatrie in die Erwachsenenpsychiatrie“ herausgearbeitet. Von der Hochschule Emden/Leer sowie den Fachbereichen 500 und 600 der Stadt Emden sei ein Forschungsprojekt angestoßen worden. Über einen langen Zeitraum habe man an dieser Thematik gearbeitet, um Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen zu können.

Eine ergebnisorientierte Arbeit könne nur in einem Verbund von Stadt Emden und freien Trägern gelingen. Da hierdurch zusätzliche Personalressourcen verbraucht würden, habe er die Beschlussvorlage in den Jugendhilfeausschuss eingebracht, um so auch die Politik darüber zu informieren. Möglicherweise hätten die gewünschten Ergebnisse auch noch weitere Auswirkungen.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Fooken** stellt heraus, bei den Flüchtlingen würde es neben etlichen traumatisierten Kindern auch traumatisierte Eltern geben. Er bittet darum, dieses innerhalb der Arbeitsgruppe zu berücksichtigen und eventuell auch solche Bevölkerungsgruppen stärker mit einzubinden.

**Frau E. Meyer** fragt an, ob die Kinder der psychisch erkrankten Eltern auch psychisch betreut werden müssten und wie die Versorgung der Kinder stattdie.

**Herr Götze** bemerkt, die psychischen Erkrankungen würden auch in der Arbeitswelt enorm zunehmen. Er regt an, auch die Betriebe mit einzubeziehen.

**Herr Grix** erklärt, er hätte mittlerweile erlebt, dass die Flüchtlinge mit ihren Kindern sehr angespannt seien. Von daher sei dieses ein Thema, auf das man noch besonderes Augenmerk legen müsse, wie damit umzugehen sei.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, grundsätzlich richte sich das Angebot der Jugendhilfe an alle Bevölkerungsteile. In diesem Projekt würde es um psychisch erkrankte Eltern gehen, die entweder aus Emden kämen oder zugezogen seien. Sicherlich müsse man den Bereich der Flüchtlinge noch einmal besonders betrachten, weil nunmehr von der Quantität mehr Menschen da seien, die besondere Anforderungen hätten. Doch der Schwerpunkt würde bei den Kindern liegen.

Bezüglich des Hinweises, dass die psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt zunehmen würden, bemerkt Herr Sprengelmeyer, die Kinder seien die Zielgruppe und es müsse Informations- und Aufklärungsmaterial entwickelt werden. Sicherlich könne dieses auch in den Betrieben ausgelegt werden, damit die Menschen dort auch wissen würden, an wen sie sich wenden könnten.

**Herr Ohling** stellt heraus, seine Fraktion befürworte es, dass eine solche Arbeitsgruppe gegründet worden sei und dass das Versorgungsangebot begutachtet werde. In der Vorlage stehe jedoch, dass keine finanziellen Auswirkungen vorliegen würden. Doch Herr Sprengelmeyer ha-

## **Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2015**

be gerade gesagt, dass diese Beschlussvorlage personelle Auswirkungen habe. Er fragt an, ob dieses aus dem Fachbereich gedeckt würde.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, die personellen Auswirkungen würden darin liegen, dass innerhalb der Arbeitsgruppe Arbeitszeit verbraucht werde, die bezahlt werden müsse. Zusätzliche Personalkosten würden jedoch nicht entstehen.

**Frau E. Meyer** erkundigt sich, ob das Konzept nach Fertigstellung auch dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, wenn die Politik nunmehr beschließe, dass ein Konzept erstellt werden solle, würde dieses auch selbstverständlich im Ausschuss vorgestellt.

**Beschluss:** Einrichtung einer zeitlich befristeten Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Multiplikatorenkonzeptes für die Versorgungsangebote von Kindern psychisch erkrankter Eltern.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 8** Netzwerk Frühe Chancen für Familien  
Vorlage: 16/1842

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, in dem neuen Bundeskinderschutzgesetz sei aufgeführt, dass man sich vor Ort vernetzen müsse. In Emden würde es bereits sehr viele Arbeitsgruppen, Arbeitskreise und Netzwerke geben, sodass man sich mit den freien Trägern überlegt habe, die schon bestehenden Strukturen dafür zu nutzen. In diesem Rahmen habe er vor einiger Zeit bei dem Netzwerk Junge Schwangere und junge Eltern angeregt, eine weitere Aufgabe zu übernehmen. Das Netzwerk habe sich damit beschäftigt und das Ergebnis werde heute dem Jugendhilfeausschuss präsentiert.

**Frau Obes** und **Frau Fekken** erläutern gemeinsam anhand einer PowerPoint-Präsentation den Stand der Neuausrichtung und die Umstrukturierungen des bestehenden Netzwerkes. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Sprengelmeyer** stellt heraus, er begrüße es, wie das Netzwerk an diese Aufgabe herangegangen sei und sich über die Jahre weiterentwickelt habe. Auch halte er den neuen Namen für sehr gelungen. Hinsichtlich der Berichterstattung führt er aus, da das Netzwerk offiziell von der Politik beauftragt werde, sich weiter zu vernetzen und dem Jugendamt der Stadt Emden zuzuarbeiten, würde sich daraus auch eine Verpflichtung ergeben. Die Stadt Emden stelle zudem ein Budget zur Verfügung, was aus dem Fachbereichsbudget getragen werde.

Abschließend erklärt Herr Sprengelmeyer, seiner Meinung nach sei es ein richtiger Ansatz, da alle wüssten, in welcher Situation man sich befinde. Von daher würde man die Netzwerkarbeit noch wertschätzender gestalten.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für den Vortrag. Ihre Fraktion werde selbstverständlich dieser Beschlussvorlage zustimmen.

## **Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2015**

**Beschluss:** Das Netzwerk „Junge Schwangere und junge Eltern“ wird umbenannt in „Netzwerk Frühe Chancen für Familien“. Dem Netzwerk kommt eine beratende und koordinierende Funktion im Bereich der „Frühen Hilfen“ zu. Die Betreuung des Netzwerks übernimmt die Netzwerkkoordinatorin für Frühe Hilfen. Für die Netzwerkarbeit werden 5.000 Euro im Budget des Fachbereichs 600 vorgehalten.

**Ergebnis:** einstimmig

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN**

**TOP 9** Integrationshelfer und Schulbegleiter;  
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.06.2015  
Vorlage: 16/1843

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, die Verwaltung habe die Anfrage der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung genommen, um die Thematik näher erläutern zu können.

Die UN-Behindertenrechtskonvention sei vor einigen Jahren in Kraft getreten. Inklusion würde im schulischen Kontext bedeuten, die größtmögliche eigenständige Teilhabe des Kindes bzw. des Jugendlichen am Schulalltag einer Regelschule zu gewährleisten. Da alle Menschen unterschiedlich seien, habe man es in der Schule mit ganz unterschiedlichen Anforderungsprofilen zu tun. In Emden würde es drei Möglichkeiten geben, mit diesen Anforderungen umzugehen. Zum einen würde es die Einzelfallhilfe geben, die über das SGB XII Eingliederungshilfe gewährt werde. Zuständig sei hier der Fachbereich 500. Es würde aber auch die Einzelfallhilfe im Rahmen der Jugendhilfe geben. Hier sei insbesondere bei einer seelischen Gefährdung der Jugendhilfeträger bzw. das Jugendamt zuständig.

Zunehmend würde aber eine Schulbegleitung eingerichtet, weil sich insbesondere zeige, dass allein der Blick auf das Kind oder auf den Jugendlichen nicht wirkungsorientiert genug sei. Man müsse auch immer das System, in dem das Kind lebe und sich bewege, in Augenschein nehmen. Weiterhin habe man Projekte, die an einigen Schulstandorten bereits eingeführt worden seien oder eingeführt werden. Sie würden dann insbesondere eingeführt, wenn es darum gehe, die Konzepte an den Schulen insgesamt weiter zu entwickeln. Bezogen auf die Maßnahmen habe er in der Vorlage aufgelistet, wie viele Integrationshelfer und Schulbegleiter es in Emden geben würde. Die Tendenz sei hier steigend. Wenn man über 32 Einzelfallhelfer und 18 Schulbegleiter sprechen würde, bedeute dieses, es würden über die freien Träger zurzeit 50 Personen beschäftigt, die Schülerinnen und Schüler bzw. Klassen begleiten würden. Zudem seien elf Projekte initiiert worden, die insgesamt im Schulsystem agieren würden. Aufgelistet sei auch, dass zu der Zeit der Vorlagenerstellung zehn weitere Anträge auf eine sogenannte Integrationshilfe vorgelegen hätten. Auch hier sei die Tendenz steigend.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, die Anfrage beinhaltete auch die Frage nach den Finanzierungswegen und die Höhe der Kosten für die Stadt Emden. Er habe in der Vorlage dargestellt, welche Summe derzeit insgesamt in diesem Bereich auf den Tisch gelegt werden müsse. Diese würde sich nach dem SGB XII Eingliederungshilfe und SGB VIII Jugendhilfe Schulsozialarbeit aufteilen. Aus diesem „Inklusionstopf“ würden die Sonderprojekte bezahlt, die im Grunde genommen nicht gedeckt seien und man eigentlich über die Konnexitätsklage vom Land erstattet bekommen müsste. Auch würden noch kleinere Projekte aus dem Nds. Behindertengleichstellungsgesetz laufen.

## **Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2015**

Herr Sprengelmeyer bemerkt, insbesondere bei den Einzelfallbegleitungen würde ein gesetzlicher Anspruch bestehen, der von den Eltern eingeklagt werden könne. Zudem würden einige Teile der Schulsozialarbeit hineingenommen, sodass man vor der Sommerpause davon ausgegangen sei, dass ca. 300.000 € in diesem Jahr für diesen Bereich zusätzlich aufgenommen werden müsse. Heute gehe er jedoch davon aus, dass diese Summe nicht reichen werde, da mittlerweile die Bedarfe gestiegen seien.

Weiter stellt Herr Sprengelmeyer heraus, aus der Aufstellung sei zu entnehmen, dass einige Schulen besonders belastet seien. Mit diesen Schulen sei er intensiv im Gespräch, wie das System gestärkt werden könne, da es ein großes Personalproblem geben würde. Einerseits sei es eine Kostenfrage, doch es handele sich um befristete halbe Stellen, sodass diese Pädagogen in dem Moment weg seien, wenn sie an einem anderen Ort eine volle Stelle bekämen. Hier sollte man bedenken, dass Sozialarbeiter und Erzieher überall gesucht würden. Aus diesem Grunde bekomme man neben dem finanziellen Problem auch ein Qualitätsproblem. Vor diesem Hintergrund werde gemeinsam mit den Schulen überlegt, wie man möglicherweise über diese Projekte andere Konzepte erstellen könne, um das System Schule insgesamt stärken zu können und die Qualität zu erhöhen. Auch würde mit den Trägern beraten, wie Anforderungs- und Tätigkeitsprofile entwickelt werden könnten, um dort hinzukommen. Denn gerade in diesem Bereich sei eine kontinuierliche Arbeit besonders wichtig. Die Verwaltung werde in den nächsten Monaten dem Rat einen Vorschlag bezüglich der Tätigkeit und der Anforderungsprofile unterbreiten.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Frau E. Meyer** bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion. Ihrer Ansicht nach sei es eine sehr schwierige Aufgabe gerade auch hinsichtlich des Fachpersonals.

**Herr Dietz** bemerkt, man müsse von der Einzelfallhilfe hin zu einer systemischen Hilfe oder Betrachtungsweise kommen. Wobei man natürlich auch sehen müsse, dass in manchen Fällen z. B. bei autistischen Kindern durchaus eine Einzelbetreuung notwendig sei.

**Frau Weber-Trappiel** stellt heraus, man sollte auch die Einzelperson des Integrationshelfers mit im Blick haben und an Weiterbildung denken. Die Kosten hierzu sollten einkalkuliert werden. Ein kommunikativer Austausch sei auch in fachlicher Hinsicht sehr wichtig.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**TOP 11** Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

## **Protokoll Nr. 31 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.09.2015**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.